

Offenes Verfahren

Eignungsnachweise und Eigenerklärungen

Titel: Volservice endständige Wasserfilter

Vergabe-Nr.: **OV 012-26**

- ☒ Vordruck Schriftliche Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☒ Vordruck Eigenerklärung Bietergemeinschaft
- ☒ Vordruck Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ggf. zur Selbstreinigung / Zusage der Einhaltung von Ausführungsbedingungen
- ☒ Vordruck Privilegierte Nachunternehmer
- ☒ Vordruck Eigenerklärung zum Umsatz
- ☒ Vordruck Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG
- ☒ Vordruck Eigenerklärung zum Versicherungsschutz
- ☒ Vordruck Eigenerklärung zur Personalstärke
- ☒ Vordruck Referenzen
- ☒ Vordruck Eigenerklärung Qualitätsmanagement

- ☒ Vordruck Eigenerklärung Umweltmanagement / Nachhaltigkeit
- ☐ Vordruck Eigenerklärung umweltverträgliche Beschaffung nach § 3b HmbVgG
- ☐ Vordruck Eigenerklärung sozialverträgliche Beschaffung nach § 3a HmbVgG

Schriftliche Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

Firmenname	
Straße, Hausnummer	
PLZ	
Ort	
Rechtsform	
Name (Geschäftsführer)	
Umsatzsteuer ID Nummer	
Hauptsitz des Unternehmens	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall	

Ansprechpartner:in im Vergabeverfahren

Ansprechperson für das Vergabeverfahren	
Kontaktdaten Ansprechperson Telefon / Telefax / E-Mail	

Eigenerklärung Bietergemeinschaft

A. Falls keine Bietergemeinschaft besteht bitte ankreuzen

- ☐ Für die ausgeschriebene Leistungserbringung wird ausschließlich ein Bieter die Leistung erbringen. Es besteht keine Bietergemeinschaft mit anderen Unternehmen

B. Falls eine Bietergemeinschaft besteht, müssen Sie nachfolgende Erklärungen abgeben.

Hinweis: Bietergemeinschaften müssen die Rechtsform einer gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit einem generalbevollmächtigten Vertreter haben und bestimmte Erklärungen mit dem Angebot abgeben.

1. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft erklären hiermit, dass

- ein uneingeschränkter Generalbevollmächtigter die Bietergemeinschaft rechtsverbindlich gegenüber dem Auftraggeber vertreten darf,
- der benannte generalbevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen für die Arbeitsgemeinschaft entgegenzunehmen.

2. Hiermit erklären wir, dass unsere Bietergemeinschaft die Rechtsform einer gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft besitzt.

3. Der bevollmächtigte Vertreter ist mit vollem Namen und beruflicher Funktion zu nennen

Vorname

Nachname

Berufliche Funktion

4. Die Namen/Firmenbezeichnungen der Mitglieder der Bietergemeinschaft sind anzugeben (bei natürlichen Personen zusätzlich mit der beruflichen Funktion)

Vorname

Nachname

Berufliche Funktion

Vorname

Nachname

Berufliche Funktion

Vorname

Nachname

Berufliche Funktion

Vorname

Nachname

Berufliche Funktion

5. Die Erklärungen müssen gemeinsam, von den jeweils vertretungsberechtigten Personen des Mitgliedes der Gemeinschaft, rechtsgültig unterschrieben werden.

Ort, Datum

_____	_____	_____	_____
1.	2.	3.	4.

Jeweils erklärende Person:

_____	_____	_____	_____
1.	2.	3.	4.

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

1. Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:
 - a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
 - f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Sollte eine solche Erklärung nicht möglich sein, sind die erhobenen Vorwürfe, die ermittelnde Stelle sowie der Stand bzw. der Ausgang des Verfahrens kurz darzustellen.

2. Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir meinen/ unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung und – soweit erforderlich – Berufsverbänden und/ oder Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/ sind.
3. Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können, wenn
 - a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - b) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - c) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
 - d) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - e) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - f) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 - g) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - h) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 - i) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

4. Mir/ Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrags führen kann.
5. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

Hinweis: Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen haben (§ 125 GWB). Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 1 bis 3 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters an. Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 4 und in § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters ausgestellte Bescheinigung an.

Ich/Wir bestätige/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Eigenerklärung.

Ort, Datum

Erklärende Person

Privilegierte Nachunternehmer

Zum Einsatz privilegierter Nachunternehmer erklären wir (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Wir setzen keine privilegierten Nachunternehmer im Sinne von Ziffer 6 der Teilnahmebedingungen ein.
- ☐ Wir benennen die folgenden privilegierten Nachunternehmer im Sinne von Ziffer 6 der Teilnahmebedingungen:

Für jeden genannten privilegierten Nachunternehmer fügen wir die geforderte Nachunternehmererklärung bei.

Eigenerklärung zum Umsatz

Sämtliche Umsatzangaben sind Netto in € für den Standort Deutschland anzugeben.

Umsatzzahlen Gesamt:

Umsatzzahlen der letzten drei Geschäftsjahre	2023	€
	2024	€
	2025	€

Wir bestätigen, dass die oben gemachten Angaben richtig sind.

Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG

Ich/Wir werde/n im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte beachten (§ 3 Abs. 1 u. 2 HmbVgG).

Mein/Unser Unternehmen entlohnt seine Beschäftigten

- ☐ nach folgendem allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifvertrag, an den es nach Arbeitnehmerentsendegesetz gebunden ist:
- ☐ nach folgendem Tarifvertrag:
- ☐ (ohne Auszubildende) bei der Leistungsausführung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Mindestlohn nach § 1 Abs. 2 Mindestlohngesetz (MiLoG vom 11.08.2014, BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung, da es keinem Tarifvertrag unterliegt (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).
- ☐ Mein/Unser Unternehmen beschäftigt keine Mitarbeiter und ist daher nicht an das Mindestlohngesetz gebunden.
- ☐ Bei der Leistungsausführung durch Leiharbeiter Sorge/n ich/wir dafür, dass der Verleiher seinen Beschäftigten bei der Leistungsausführung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie vergleichbaren Arbeitnehmern meines/unseres Unternehmens (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).
- ☐ Ich/Wir werde/n vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereithalten. Auf Verlangen werden sie dem Auftraggeber vorgelegt und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die geschlossenen Unteraufträge gewährt. Die Beschäftigten wurden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen (§ 10 HmbVgG).
- ☐ Ich/wir werde/n bei der Leistungsausführung nur Unterauftragnehmer einsetzen, die sich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) die vorgenannten Mindestentgelte nach Tarif oder Mindestlohngesetz zu zahlen und vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen bereitzuhalten. Ich/Wir werde/n die Einhaltung dieser Vorgaben kontrollieren (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

Eigenerklärung zum Versicherungsschutz

Wir bestätigen hiermit, dass unser Unternehmen für alle in der Beschreibung des Beschaffungsgegenstandes genannten Leistungen wie folgt haftpflichtversichert ist:

Name des Versicherungsgebers	
Police Nummer	
Art der Versicherung	Personen & Sachschäden
Deckung in € je Schadensfall ¹	
Deckung in € je Versicherungs- jahr ²	
Gültigkeit der Versicherung (von / bis)	

Name des Versicherungsgebers	
Police Nummer	
Art der Versicherung	Vermögensschäden
Deckung in € je Schadensfall ⁴	
Deckung in € je Versicherungs- jahr ⁵	
Gültigkeit der Versicherung (von / bis)	

Für den Fall, dass wir nicht über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den in den Teilnahmebedingungen geforderten Mindestdeckungssummen verfügen, verpflichten wir uns hiermit, im Auftragsfall eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen XXX Mio. € für Sach- und Personenschäden sowie XXX € für Vermögensschäden je Schadensfall bei doppelter Maximierung abzuschließen bzw. die Deckungssummen der bestehenden Versicherung entsprechend zu erhöhen.

¹ Ggf. auch durch Exedentenversicherungen

² Jahr der Schadenseintritte oder Jahr der Schadensmeldungen; je nach Ausgestaltung der Versicherung

Eigenerklärung zur Personalstärke

Durchschnittliche jährliche Anzahl an Beschäftigten insgesamt umgerechnet auf Vollzeitkräfte:

Mitarbeiteranzahl der letzten drei Geschäftsjahre	2023	VK
	2024	VK
	2025	VK

Anzahl der Mitarbeiter in für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Geschäftsfeldern umgerechnet auf Vollzeitkräfte

Mitarbeiteranzahl der letzten drei Geschäftsjahre	2023	VK
	2024	VK
	2025	VK

Referenzen

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck (2 Seiten). Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt.

Bitte geben Sie mindestens **drei** Referenzen eines vergleichbaren Projektes an. Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen. Bitte füllen Sie die Felder, soweit es Ihnen möglich ist, aus.

Kontakt-Informationen:

Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer / E-Mail	
Funktion des Ansprechpartners	
Angabe zu Art und Umfang der Leistungen	

Eigenerklärung Qualitätsmanagement

Zum Qualitätsmanagement in unserem Unternehmen erklären wir (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Wir haben in unserem Unternehmen keine allgemeinen QM-Maßnahmen für alle Geschäftsabläufe implementiert.
- ☐ Unser Unternehmen besitzt ein gültiges Zertifikat gemäß DIN EN ISO 9001:2015; eine Kopie dieses Zertifikats ist beigelegt.
- ☐ Unser Unternehmen besitzt ein gültiges Zertifikat, das einem Zertifikat gemäß DIN EN ISO 9001:2015 gleichwertig ist; eine Kopie dieses Zertifikats ist beigelegt.
- ☐ Unser Unternehmen ist nicht zwar nicht zertifiziert, wir haben in unserem Unternehmen aber die folgenden allgemeinen QM-Maßnahmen für alle Geschäftsabläufe implementiert.

Eigenerklärung Umweltmanagement / Nachhaltigkeit

Zum Umweltmanagement in unserem Unternehmen erklären wir (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Wir haben in unserem Unternehmen kein Umweltmanagement und keine Maßnahmen zur Nachhaltigkeit implementiert.
- ☐ Unser Unternehmen besitzt ein gültiges Zertifikat gemäß ISO 14001; eine Kopie dieses Zertifikats ist beigefügt.
- ☐ Unser Unternehmen besitzt ein gültiges Zertifikat, das einem Zertifikat gemäß ISO 14001 gleichwertig ist; eine Kopie dieses Zertifikats ist beigefügt.
- ☐ Unser Unternehmen, ist nicht zwar nicht zertifiziert, wir haben in unserem Unternehmen aber die folgenden allgemeinen Maßnahmen zum Umweltschutz und Nachhaltigkeit implementiert:

Eigenerklärung umweltverträgliche Beschaffung nach § 3b HmbVgG

- ☐ Die Lieferleistung betrifft kein Holz als Rohstoff.
- ☐ Der Rohstoff Holz ist Bestandteil der Lieferleistung. Dazu erkläre/n ich/wir verbindlich:
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das aus deutscher oder europäischer Forstwirtschaft stammt.
Den Nachweis werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach FSC (Forest Stewardship Council) oder PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) zertifiziert ist.
Zur Information über die Standards siehe www.fsc-deutschland.de und www.pefc.de.
Das Zertifikat werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das gleichwertig zertifiziert ist, nämlich nach:

Der Nachweis der Gleichwertigkeit wird durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn erbracht.
Das Zertifikat werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt.
Der Nachweis der Erfüllung wird durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn erbracht.
Den Nachweis werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.
- ☐ Etwaige weitere Nachweise zur Einhaltung der in den Vergabeunterlagen geforderten umweltbezogenen Anforderungen werde ich auf Verlangen vorlegen.

Eigenerklärung sozialverträgliche Beschaffung nach § 3a HmbVgG

- ☐ Die Leistungsausführung betrifft keine der folgenden Waren oder Warengruppen.
- ☐ Die Leistungsausführung betrifft folgende Waren oder Warengruppen:
- ☐ 1. Bekleidung: Arbeitskleidung, Uniformen etc. (z.B. T-Shirts, Hemden, Hosen, Schuhe)
 - ☐ 2. Stoffe und Textilwaren (z.B. Vorhangstoffe, Teppiche)
 - ☐ 3. Naturkautschuk-Produkte (z.B. Einmal-/Arbeitshandschuhe, Reifen, Gummibänder)
 - ☐ 4. Lederwaren, Gerbprodukte (z.B. Botentaschen)
 - ☐ 5. Spielzeuge
 - ☐ 6. Sportartikel (z.B. Bälle, Schläger, weiteres Zubehör)
 - ☐ 7. Natursteine
 - ☐ 8. Produkte mit Materialanteilen aus Nr.2-4, soweit überwiegend Materialien aus einer Warengruppe.

Herstellungsland/-länder der Waren(gruppen) Nr. 1-8 ist/sind: (auch im Angebot den Produkten zuordnen)

Ich/Wir werden die Leistung ausschließlich mit Waren ausführen, die

- ☐ nachweislich unter Beachtung oder
- ☐ nach meiner/unserer Zusicherung unter der bestmöglichen Beachtung

der ILO-Kernarbeitsnormen (www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn) gewonnen oder hergestellt worden sind (§ 3a Abs. 2 HmbVgG). Als Nachweis ist dieser Erklärung beigefügt (z.B. unabhängige Zertifizierung, Selbstverpflichtung, Verhaltenskodex o.ä.):

Die vorgenannte Erklärung bzw. Zusicherung wird als vertragliche Nebenleistung vereinbart.

- ☐ Soweit die Leistungsbeschreibung dies verlangt, wird die Lieferung fair gehandelte Produkte betreffen (§ 3a Abs. 4 HmbVgG). Als Nachweis ist dieser Erklärung beigefügt (z.B. Gütezeichen):

Ich/Wir bestätige/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und Eigenerklärungen.

Ort, Datum

Erklärende Person